

***Resolution zur Einrichtung einer Enquete-Kommission
im Deutschen Bundestag
„Ursachen von Rassismus bekämpfen; für eine lückenlose Aufarbeitung
der NSU-Morde“***

Nach einem mehr als fünf Jahre andauernden Prozess ist am 438. Prozesstag am 11. Juli 2018, das Urteil gegen die Haupt- und Nebenangeklagten im NSU-Prozess gefallen. Die Urteilsverkündung in München bedeutet durch die juristische Bearbeitung des Falles eine entscheidende Zäsur, doch keinen Schlussstrich. Da die Bundesanwaltschaft sich relativ frühzeitig auf die These festgelegt hat, dass hinter der Mordserie eine singuläre und isolierte Vereinigung von drei Personen stecke, die die Straftaten mit einem „eng begrenzten Kreis von wenigen Unterstützern“ begangen habe, wurde eine wichtige Chance für die lückenlose Aufklärung verpasst. Damit hat der Staat sein Versprechen für eine lückenlose Aufklärung nicht eingelöst und seine selbstverständliche Aufgabe nicht erfüllt.

Der BZI stellt hinsichtlich der NSU-Verbrechen fest, dass die Sicherheitsarchitektur unseres Landes auf verschiedenen Ebenen nicht hinnehmbare Schwächen – institutioneller Rassismus und rassistische Einstellungen bei Ermittlungsbehörden, Kommunikationslücken bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, Landesbehörden für Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaften - aufweist. Ferner zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, so z.B. die Langzeitstudie »Deutsche Zustände«, dass rassistische Ideologien und ihre Verankerung in der Mehrheitsgesellschaft immer mehr Zuspruch finden.

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) fordert die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag. Die Kommission soll zwei Hauptziele verfolgen:

- Die politische und gesellschaftliche Wahrnehmung von rassistischen Ideologien zu schärfen und anhand der Fehler beim NSU-Fall wirksame Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus zu erarbeiten.
- Das Ausmaß, die Wirkungsmechanismen und Möglichkeiten der effektiven Auseinandersetzung mit Rassismus allgemein und institutionellem Rassismus bei Sicherheitsbehörden und anderen Organen der Exekutive zu untersuchen und eine Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in Deutschland zu erarbeiten.

Im Rahmen dieser Hauptziele soll die Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag unter anderem Handlungskonzepte in folgenden Bereichen erarbeiten:

- Entwicklung von Maßnahmen, um strukturell verankerte Vorurteile, diskriminierende Alltagsroutine sowie rassistische Denkmuster in staatlichen Behörden und bei den Sicherheitsbehörden zu bekämpfen.
- Entwicklung von Maßnahmen für eine konkrete polizeiliche Auffassung von rassistischen Straftaten und von Opfern rechter Gewalt.

- Initiieren von unabhängigen Stellen im Umgang mit rassistischer Gewalt (u.a. in Sicherheitsbehörden) z.B. durch die Einrichtung von unabhängigen und flächendeckenden Polizeibeswerdestellen, und durch institutionelle und stetige Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen – insbesondere von unabhängigen Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams.
- Reformierung der Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern und die Optimierung der Rolle des Bundesamtes für den Verfassungsschutz als ein Frühwarnsystem.
- Entwicklung von präventiven und umfassenden Strategien, die dem Rassismus in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen den Boden entziehen können.
- Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw. frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen.
- Stärkung des Vertrauens der Bürger*innen in die Sicherheitsbehörden durch interkulturelle Öffnung und Ausbau von interkulturellen Kompetenzen in den Sicherheitsbehörden, auch in Führungspositionen.

Durch ihre Zusammensetzung von Abgeordneten und externen Fachexpert*innen aus unterschiedlichen Bereichen, kann die Enquete-Kommission der Komplexität der Sache nachgehen und übergreifende politische und gesellschaftliche Instrumente entwickeln und Anpassungen im gesetzlichen Rahmen initiieren.

Eine Enquete-Kommission kann durch das Verlangen von einem Viertel der Bundestagsabgeordneten eingerichtet werden. Besonders in unserer Zeit, in der Rassismus und Diskriminierung in unserem Land wachsen, wäre diese Kommission ein klares Bekenntnis für das friedliche Zusammenleben.

Beschlossen bei der Delegiertenversammlung des BZI am 18. November 2018 in Berlin